

# Schönburger Tageblatt

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Annahme von Inseraten bis Vormittag 10 Uhr des Ausgabetales. Bezugspreis vierteljährlich 3,15 M., monatlich 1,05 M., Einzelne Nummer 10 Pfg. Inseratenpreis 1 Zeile 25 Pfg., von auswärts 30 Pfg., Mehrzeilenpreis 50 Pfg., die dreispaltige Zeile im gleichen Maße 50 Pfg. Nachschick nach festem Tarif.

Genossenschafts-Verbands-Giro-Konto Waldenburg Nr. 16.

## Waldenburger Anzeiger.

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Waldenburg.

Fiskalen: in Altstadt Waldenburg bei Herrn Otto Förster; in Callenberg bei Herrn Strumpfwirler Friedr. Hermann Richter; in Langenchursdorf bei Frau Emma verw. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dähler; in Wollenburg bei Herrn Vinus Friedemann und in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

Fernsprecher Nr. 9. — Postschlüsselach Nr. 2.

Postfachkonto beim Postamt Leipzig Nr. 4436

Insgleich weit verbreitet in den Ortspfaffen der Landesamtsbezirke Altstadt Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenleuba-Wiederbain, Langenleuba-Oberhain, Langenchursdorf, Niederwiera, Oberwiera, Oberwinkel, Reichenbach, Reuse, Schlagwitz, Schwaben, Wollenburg und Ziegelheim

Nr. 72.

Freitag, den 28. März

1919.

Witterungsbericht aufgenommen am 27. März, Mittag 12 Uhr: Barometerstand 753 mm reduziert auf den Meeresspiegel. Thermometerstand + 10° C (Morgens 8 Uhr Taupunkt - 0°. Windrichtung West. Niederschlagsmenge in den letzten 24 Stunden bis früh 7 Uhr: 0,5 mm.

Verkauf von  
**Schellfisch** (Pfund 1,10 M.) und  
**Steinbutt** ( „ 2,80 „ )

an Haushaltungen, deren Brotmarkenbezugskarte nur mit einem Datumstempel versehen ist.  
Freitag von 9—12 Uhr Vormittags Familiennamen Anfangsbuchstaben A—L,  
2—5 Uhr Nachmittags M—Z.

Haushaltungen bis zu 2 Köpfen bekommen 1 Pfund, bis zu 5 Köpfen 2 Pfund, mit mehr Köpfen 3 Pfund. Brotmarkenbezugskarte, Einschlagpapier und Kleingeld mitbringen.  
Waldenburg, den 26. März 1919. Der Stadtrat.

## Milderung der Friedensbedingungen.

Mit dem 1. April beginnt die Bezugszeit auf das 2. Vierteljahr für das „Schönburger Tageblatt“. Nach wie vor werden wir unsere Leser zuverlässig über alle wichtigen Ereignisse auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet unterrichten, den örtlichen Angelegenheiten und Veranstaltungen größte Aufmerksamkeit widmen und über die Geschehnisse des Tages zuverlässig berichten. Der tägliche Depeschendienst bringt schnell das Neueste. Im Unterhaltungsbeleg bieten wir unseren Lesern und Leserinnen ausgewählte Romane falls die Beschränkung des Papierverbrauchs aufgehoben wird, werden wir wieder reicheren Lesestoff bieten. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle wie auch die Ansträger entgegen. Namentlich die Postbestellungen bitten wir umgehend zu erneuern, um die regelmäßige Zustellung nicht zu unterbrechen.

Geschäftsstelle des Schönburger Tageblattes.

Kaiser Wilhelm ist in Holland erkrankt.  
Die Reichsregierung plant die Errichtung eines Staatsgerichtshofes.  
Scheidemann sprach sich in der Nationalversammlung gegen Gewaltfrieden und Gegenrevolution aus.  
Der Nationalversammlung ist ein Gesetz über Bildung einer vorläufigen Reichsmarine zugegangen.  
Die Entente dekretiert Deutschlands Schuld am Kriege.  
In Berlin wurden neue Enthüllungen über die Abdankung des Kaisers veröffentlicht.  
Die verlangte Entsendung der deutschen Finanzkommission nach Paris ist der Anfang der Friedensverhandlungen.  
In München sollen nächsten Sonntag Waffentendungen der Kommunisten stattfinden.  
In einem Aufruf der bayerischen Volkspartei wird für die Selbstständigkeit Bayerns eingetreten.  
In Rotterdam sind zwei Eisenbahnwaggons mit 50 Millionen Gold aus Berlin eingetroffen.  
Die Revolution in Budapest hat in Paris wie eine kalte Douché gewirkt.  
Neber den Verhandlungen der Pariser Konferenz herrscht seit drei Tagen geheimnisvolles Dunkel.  
Galizien befindet sich in voller revolutionärer Bewegung.  
Die großen österreichischen Panzerkreuzer wurden in Venedig ausgeliefert.  
Neber ganz Spanien wurde das Standrecht verhängt.  
In Barcelona ist der Generalkrieg ausgebrochen.  
Das polnische Heer kommt unter den Oberbefehl Kochs.  
Auf der See von Leith ist das erste deutsche Handelschiff eingetroffen.  
Die Baumwollfabrikanten in Manchester verweigern den Achtstundentag.  
Die Rumänen haben die ostgalizische Grenze überschritten.  
Aus Amerika wird eine Massenrückwanderung nach Europa gemeldet.  
Wilson droht, mit Deutschland einen Separatfrieden abzuschließen.

Waldenburg, 27. März 1919.

In den Ostprovinzen und besonders in Westpreußen zeigt sich eine Volksbewegung, die gegen die polnischen Forderungen auf deutsche Gebiete Stellung nimmt und den Willen, deutsch zu bleiben, zum Ausdruck bringt. Besonders die sozialdemokratischen Partei-Organisationen und Gewerkschaften, aber auch die evangelischen und latho-

lischen Frauenverbände und die gemeinsamen Entschlüsse aller politischen Parteien sind einzig in dem Willen und Verlangen, daß der deutsche Osten bei Deutschland bleiben muß. Westpreußen ist von den deutschen Ritters zur Blüte erhoben worden, unter polnischer Herrschaft war es verwahrloht. Seit 150 Jahren ist es wieder eine Stätte deutscher Arbeit und Kultur. Der größte Teil der Bevölkerung ist deutsch; in seiner Hand liegen fast alle wirtschaftlichen und kulturellen Güter.

Hinter dem Verlangen nach Westpreußen mit Danzig als polnischen Hafen steckt Frankreich. Die Franzosen suchen über Danzig die Verbindung mit dem neuen polnischen Staat, in dem die ganzen Sympathien des Volkes Frankreich gehören. Den Polen würde es wohl kaum eingefallen sein, ihre Hand nach Danzig auszustrecken und ihre Forderung mit Waffengewalt zu vertreten, wenn sie nicht wüßten, daß sie an den Franzosen hierin einen festen Rückhalt hätten. Das Dasein des polnischen Staates beruht nicht auf dem Uebergang eines bisher deutschen Hafens in seine Hand. Der erklärliche Wunsch nach Seehandel für die polnischen Produkte kann in anderer Weise un schwer geregelt werden. Es ist aber die Frage, ob Polen mit seinen vorwiegend landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Seehandel wird den Wettbewerb aufnehmen können. Sein Hauptabnehmer wird immer das benachbarte Deutschland bleiben.

Die Polen und Franzosen begegnen sich in ihren Zukunftsplänen. Die ersteren können schwerlich darauf rechnen, daß sie dauernd mit allen ihren Nachbarn in Frieden und Freundschaft leben werden. Die Grenz-zwistigkeiten zwischen Russen und Polen sind heute schon offenbar, und es ist kein Zweifel gestattet, daß die Moskowiter heute lieber als morgen der ganzen polnischen Selbstständigkeit ein Ende machen würden. Die Regierung von Lenin und Trozki gebraucht mehr Geld, als sie aus Rußland bekommen kann, und sie erstrebt daher die Ausbreitung ihrer Macht nach allen Seiten hin. Dagegen brauchen die Polen Hilfe, die ihnen Frankreich auf das bereitwilligste gibt, denn es schlägt mit der Errichtung eines polnischen Vasallenstaates zwei Fliegen mit einer Klappe. Es trägt seine politische Macht und seinen wirtschaftlichen Absatz weit nach Osten hin und kann damit zugleich das Deutsche Reich auch von jener Seite her fassen.

Von Danzig bis Warschau soll eine feste Verkehrsstraße für Frankreichs militärische und wirtschaftliche Interessen geschaffen werden, durch die die Machtphäre von Paris bis an die Steppen der Ukraine vorgetragen werden wird. Und wie dies Interessengebiet in Zukunft nach Osten hin erweitert werden kann, das ist ganz unbezweifelbar.

Daß eine solche Stellung des französischen Uebergewichts mit den Handelsplänen Englands und Amerikas nicht harmonisiert, braucht nicht gesagt zu werden. Um Deutschlands willen suchen sie die französische Vorwärtswirtschaft gerade nicht zu zügeln, es handelt sich für sie um die Ruhmarmachung des eigenen, im Osten angelegten Kapitals, das vor dem Kriege und auch noch im Kriege großen Besitz erworben hat.

Für uns gibt es selbstverständlich keine Wahl. Haben die Franzosen unter polnischem Namen ihre Hand auf den Weichselland von der Ostsee bis Warschau gelegt, dann sind wir militärisch in der schlimmsten Lage, die wir uns denken können, und mit unserm Handelsverkehre nach Osten, durch den weite Gebiete überhaupt dort erst kultiviert sind, ist es in der Hauptsache vorbei. Daß

es die Polen weit mehr zu den Franzosen, als zu den Deutschen zieht, ist bekannt, wir werden auch durch das größte Entgegenkommen nicht darauf rechnen können, sie für uns zu gewinnen. Darum ist es der größte Fehler Bethmann Hollwegs gewesen, daß er durch die Errichtung des Königreichs Polen starke Truppen in jenem Gebiet festlegte, die uns später im Westen, als die Amerikaner kamen, sehr gefehlt haben.

Es ist dringend erforderlich, wenigstens für die Zukunft unbedingte Klarheit zu schaffen, und diese besteht in der kategorischen, durch unseren Selbsterhaltungstrieb gebotenen Erklärung: Das Weichselland von Danzig bis Thorn ist deutsch und bleibt deutsch. Das Deutsche Reich kann keinen polnischen Pfahl im Leibe vertragen. Bethmann Hollweg hatte mit der Errichtung des polnischen Staates erwartet, daß sich die Polen im Kampfe gegen Rußland Deutschland anschließen würden. In dieser Voraussetzung hat er sich wie auch in vielen anderen Beziehungen getäuscht. Der beste Weg, wirtschaftlich emporzukommen, wäre für die Polen freilich, sich dem großen deutschen Nachbar anzuschließen; Frankreich kann den Polen das nicht bieten, was Deutschland ohne weiteres gewähren würde. Die politische Eitelkeit und Großmachtjucht der Polen ist aber immer von den Franzosen ausgenutzt worden und die polnischen Sympathien waren stets bei Frankreich, worauf Bismarck immer und immer wieder hingewiesen hat, weshalb er auch stets vor den polnischen Bestrebungen warnte.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Reichsregierung plant die Errichtung eines Staatsgerichtshofes. Vor den Staatsgerichtshof sollen alle Persönlichkeiten kommen, die den Wunsch darnach ausgesprochen haben, wie z. B. General Ludendorff, Bethmann Hollweg und weiter alle Personen, deren Verhalten in Bezug auf den Krieg nur vor dem Staatsgerichtshof festgestellt werden kann. Der Nationalversammlung wird bereits in den nächsten Tagen ein entsprechender Gesetzesentwurf zugehen. Die von der Regierung angekündigte Vorlage zur Reform des Militärstrafrechts ist im preussischen Kriegsministerium seit einiger Zeit fertiggestellt. Der Entwurf ist dem Ministerium der Gliedstaaten und dem Reichsmilitärgericht zur Prüfung zugestellt worden.

Der Entwurf eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichsmarine, der der Nationalversammlung zugegangen ist, besagt u. a.: „Der Reichspräsident wird ermächtigt, die bestehenden Formationen der bisherigen Kriegsmarine aufzulösen und eine vorläufige Reichsmarine zu bilden, die bis zur Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Küsten sichert durch Minenräumen, Ausübung der Seepolizei und sonstige Unterstützung der Handelschiffahrt und sicheren Seeverkehr ermöglicht, die ungehinderte Ausübung der Fischerei gewährleistet, im Verein mit der Reichswehr den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und Ruhe und Ordnung aufrecht erhält.“

Eine Veröffentlichung der bayerischen Volkspartei (Zentrum) ruft das ganze bayerische Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben zum Schutze seiner mehr als tausendjährigen Freiheit und Selbstständigkeit, seiner geschichtlichen Ehre und Würde. Wir wollen, heißt es in dem Aufruf, den Zusammenschluß der deutschen Staaten auf förderativer Grundlage. Der Forderung aber, daß die deutschen Einzelstaaten zu Provinzen des Reiches herabgedrückt werden und eine einheitliche Republik geschaffen werden soll, werden wir den äußersten Widerstand entgegen-